



öffentlich

Betreff:

Stadtteilverträglichkeit des Krongutes Bornstedt-1

Erstellungsdatum 17.06.2003

Eingang 902: 17.06.2003

Einreicher: Fraktion Die Andere

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.07.2003	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen

- welche Belastungen durch Verkehr, Lärm, parkende Fahrzeuge u.ä. für den Ortsteil Bornstedt und die Anwohner/innen durch den Betrieb des Krongutes entstehen

- welche Maßnahmen der Stadtverwaltung diese Belastungen minimieren könnten.

Das Prüfergebnis ist der StVV bis zur Septembersitzung vorzulegen.

gez. Kruschat
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Immer wieder beschwerten sich Anwohner/innen über von Besucher/innen des Krongutes zugedachte Fußwege, Staus, Abgase und Lärmbelästigungen. Bislang hat der Betreiber des Krongutes wenig Rücksichtnahme auf die Belange der Anwohner/innen erkennen lassen.

Es ist an der Zeit, den Betrieb des Krongutes stadtteilverträglich auszurichten. Dazu sollte der Oberbürgermeister zunächst prüfen, welche Belastungen am schwerwiegendsten sind und welche Handlungsspielräume (z.B. Überprüfungen, Auflagen) die Stadtverwaltung hat, um diese zu minimieren.